



**Emami und Wulff mahnen**

### **Solidarität bewahren!**

Dr. Pedram Emami, MBA, und PD Dr. Birgit Wulff, Präsident und Vizepräsidentin der Ärztekammer Hamburg fordern in der aktuellen Diskussion um Lockerungen eine ergebnisoffene und undogmatische Diskussion ohne Denkverbote. Dabei dürften vor allem die besonders schutzbedürftigen Gruppen der Bevölkerung nicht aus dem Blick geraten, für deren Rechte sich keine Lobby einsetze. Hier sei die Ärzteschaft besonders gefragt.

Ihre Erklärung: Der aktuelle Rückgang der Reproduktionsrate und der Infektionszahlen mit dem neuen Coronavirus hat zu einer intensivierten öffentlichen Diskussion über die ökonomischen Folgen des Shutdowns geführt. Davon sind aktuell sehr viele Menschen auch längerfristig wirtschaftlich betroffen und die staatlichen Hilfen können wahrscheinlich nicht ausreichen, die damit verbundenen Härten zu verhindern. Ein öffentlicher Diskurs muss breit und ohne Denkverbote geführt werden.

Weiterhin unverändert gilt es, dabei ein besonderes Augenmerk auf gesellschaftliche und gesundheitliche Risikogruppen zu bewahren, die unter Beachtung ihrer Grundrechte besonders geschützt werden müssen. Eine Spaltung der Gesellschaft in lobby- und somit durchsetzungsstarke Bürgerinnen und Bürger und die unterschiedlichen weitgehend ohne mediale Aufmerksamkeit lebenden Risikogruppen wie beispielsweise ältere, bereits vorerkrankte, nicht versicherte, geflüchtete, wohnungslose Menschen, aber auch Alleinerziehende, Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien und Menschen aus dem Niedriglohnsektor entspricht nicht dem humanitären Anspruch unserer Gesellschaft. Aspekte der Herdenimmunität, der wirtschaftlichen Erholung und des Gesundheitsschutzes auszubalancieren bleibt zwar schwierig, kann aber langfristig im Rahmen unseres bisher geltenden gesellschaftlichen vom Solidaritätsgedanken geprägten Grundverständnisses erfolgreich sein.

Gerade Ärztinnen und Ärzte fühlen sich den Schutzbedürftigen besonders verpflichtet, sehen aber genauso die Notwendigkeit einer breiten und unideologischen Diskussion, um für jegliche Maßnahmen (ganz gleich in welche Richtung) eine möglichst breite Akzeptanz zu erreichen.

Weitere Einschränkungen demokratischer Strukturen oder gar Zwangsmaßnahmen - welcher Art auch immer - sind aktuell aus medizinischer Sicht weder notwendig noch gesellschaftlich akzeptabel oder zielführend.

**Pressestelle  
der Hamburger Ärzteschaft**

**Telefon 040/ 20 22 99 200**

Fax 040/ 20 22 99 400

presse@aekeh.de

---

**Pressestelle der Ärztekammer Hamburg**

Telefon: 040/ 20 22 99 200

verantwortlich: Sandra Wilsdorf / 5. Mai 2020